

Stand: 25.12.2025 14:20:35

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/20430

"Änderungsantrag zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum
Finanzausgleichsänderungsgesetz 2018 (Drs. 17/18699) - hier: Änderung des Art. 1 Abs. 1 FAG"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/20430 vom 17.01.2018
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/20823 des HA vom 22.02.2018
3. Beschluss des Plenums 17/20953 vom 27.02.2018
4. Plenarprotokoll Nr. 125 vom 27.02.2018



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum
Finanzausgleichsänderungsgesetz 2018
(Drs. 17/18699)**

hier: Änderung des Art. 1 Abs. 1 FAG

Der Landtag wolle beschließen:

In § 1 Nr. 2 Buchst. b Doppelbuchst. aa werden nach dem Wort „gestrichen“ die Wörter „und die Zahl „12,75“ durch die Angabe „14,25“ ersetzt“ eingefügt.

Begründung:

Die Gestaltung und Umsetzung zentraler Politikfelder wird für alle Menschen in den Kommunen durch leistungsfähige Kommunalpolitik am unmittelbarsten spürbar. Daher war es konsequent, auch in der Bayerischen Verfassung den Anspruch auf eine angemessene Finanzausstattung für die Kommunen in Bayern festzuschreiben. Dennoch gibt es viele Kommunen in Bayern, die ihre Pflichtaufgaben entweder gerade noch oder nicht einmal mehr angemessen erfüllen können.

Der Ausbau der Kinderbetreuungs- und Ganztagschulplätze sowie die Umsetzung der Energiewende sind ohne die Kommunen nicht zu verwirklichen. Neben einer dringend nötigen Entlastung bei den Sozialausgaben ist der kommunale Finanzausgleich das zentrale Instrument, um die Finanzausstattung der Kommunen zu verbessern. Dies gilt insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass die steigende Zahl an Flüchtlingen und Asylbewerbern nicht nur beim Staat, sondern auch bei den Kommunen zusätzliches Personal unabdingbar macht. Bisher erhalten die Kommunen – im Gegensatz zu anderen Bundesländern – hierfür keinerlei Erstattungen vom Staat.

Die Staatsregierung führte hierzu in der Begründung zu ihrem damaligen Entwurf zum FAG-Änderungsgesetz 2016 (Drs. 17/7865, S. 21, Ziff. C, Zu § 1 Nr. 1 Buchst. c) aus: „In Bayern trägt der Staat die Kosten der Versorgung und Unterbringung der Asylbewerberinnen und Asylbewerber. Deshalb soll die Entlastung auch in voller Höhe dem Staatshaushalt zugutekommen.“ Dabei erkennt die Staatsregierung jedoch, dass auch den Kommunen nicht unerhebliche zusätzliche Kosten entstehen. So blieben – beispielsweise beim Landkreis Miesbach – alleine im Jahr 2015 1,3 Mio. Euro Ausgaben für Flüchtlinge am Landkreis hängen, da u. a. zusätzliches Personal eingestellt wurde, weil die Aufgaben sonst nicht hätten erledigt werden können.

Insbesondere eine höhere Beteiligung am allgemeinen Steuerverbund ist geeignet, um eine langfristige und nachhaltige Stärkung der kommunalen Finanzen sicherzustellen

Um die kommunale Selbstverwaltung zu stärken, soll der kommunale Anteil am allgemeinen Steuerverbund schrittweise auf 15,0 Prozent angehoben werden.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und
Finanzfragen

1. Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 17/18699

zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes
und der Bayerischen Durchführungsverord-
nung Finanzausgleichsgesetz (Finanzaus-
gleichsänderungsgesetz 2018)

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Kathari- na Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 17/20429

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum
Finanzausgleichsänderungsgesetz 2018
(Drs. 17/18699)

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hu- bert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/20430

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum
Finanzausgleichsänderungsgesetz 2018
(Drs. 17/18699)
hier: Änderung des Art. 1 Abs. 1 FAG

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hu- bert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/20431

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum
Finanzausgleichsänderungsgesetz 2018
(Drs. 17/18699)
hier: Änderung des Art. 13 FAG

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Hu- bert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/20432

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum
Finanzausgleichsänderungsgesetz 2018
(Drs. 17/18699)
hier: Änderung des Art. 13d FAG

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Hu- bert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/20433

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum
Finanzausgleichsänderungsgesetz 2018
(Drs. 17/18699)
hier: Kompensation der Abschaffung der Stra-
ßenausbaubeiträge durch Neufassung des Art.
13h FAG

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter zu 1:	Martin Bachhuber
Berichterstatter zu 2:	Ludwig Hartmann
Berichterstatter zu 3-6:	Bernhard Pohl
Mitberichterstatter zu 1:	Günther Knoblauch
Mitberichterstatter zu 2-6:	Martin Bachhuber

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport und der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen haben den Gesetzentwurf mitberaten.
Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf endberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 17/20429, Drs. 17/20430, Drs. 17/20431, Drs. 17/20432 und Drs. 17/20433 in seiner 183. Sitzung am 8. Februar 2018 beraten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung

SPD: Ablehnung

FREIE WÄHLER: Enthaltung

B90/GRÜ: Ablehnung

Zustimmung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/20432 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

B90/GRÜ: Enthaltung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/20429 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 17/20431 und 17/20433 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: 1 Zustimmung,

4 Enthaltung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

B90/GRÜ: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/20430 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

B90/GRÜ: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 17/20429, Drs. 17/20430, Drs. 17/20431, Drs. 17/20432 und Drs. 17/20433 in seiner 86. Sitzung am 21. Februar 2018 mitberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung

SPD: Ablehnung

FREIE WÄHLER: Enthaltung

B90/GRÜ: Ablehnung

Zustimmung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/20432 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

B90/GRÜ: Enthaltung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/20429 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 17/20431 und 17/20433 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Enthaltung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

B90/GRÜ: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/20430 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

B90/GRÜ: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 17/20429, Drs. 17/20430, Drs. 17/20431, Drs. 17/20432 und Drs. 17/20433 in seiner 83. Sitzung am 22. Februar 2018 endberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung

SPD: Ablehnung

FREIE WÄHLER: Enthaltung

B90/GRÜ: Ablehnung

Zustimmung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs.
17/20432 hat der Ausschuss mit folgendem
Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Enthaltung
Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs.
17/20429 hat der Ausschuss mit folgendem
Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs.
17/20431 und 17/20433 hat der Ausschuss
mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
SPD: Enthaltung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs.
17/20430 hat der Ausschuss mit folgendem
Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

Reinhold Bocklet
In Vertretung



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Änderungsantrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/20430, 17/20823

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Finanzausgleichs-
änderungsgesetz 2018**

(Drs. 17/18699)

hier: Änderung des Art. 1 Abs. 1 FAG

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Plenarprotokoll Nr. 125 vom 27.02.2018

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)